

Emissionsbedingungen

Land Berlin
EUR 250.000.000,-



1,375% Landesschatzanweisung 2017/2037

Ausgabe 495
- WKN A2AAPM -
- ISIN DE000A2AAPM7 -

(2. Aufstockung der bestehenden EUR 1.250.000.000 1,375% Landesschatzanweisung 2017/2037, Ausgabe 495 um EUR 250.000.000,- auf einen Gesamtnennbetrag von EUR 1.500.000.000,-)

§ 1

Form und Nennbetrag

- (1) Die Landesschatzanweisung des Landes Berlin (das "Land") im Gesamtnennbetrag von EUR 250.000.000

(in Worten zweihundertfünfzig Millionen)

ist in 250.000 auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen (die "Teilschuldverschreibungen") von je EUR 1.000 eingeteilt.

- (2) Die Teilschuldverschreibungen sind während ihrer gesamten Laufzeit als Sammelschuldbuchforderung zugunsten der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, ("CBF") in das bei der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin geführte Schuldbuch eingetragen.
- (3) Die Ausgabe von effektiven Stücken oder die Eintragung von Einzelschuldbuchforderungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen. Die Inhaber von Teilschuldverschreibungen (die "Gläubiger") erhalten einen Miteigentumsanteil an der Sammelschuldbuchforderung, der ihrem erworbenen Betrag entspricht. Für die Übertragung gelten die anwendbaren Regeln der CBF. Für die Übertragung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gelten die Vorschriften von der Euroclear Bank SA/NV und der Clearstream Banking S.A., Luxemburg.

- (4) Die Landesschatzanweisung stellt eine unmittelbare, unbedingte und unbesicherte Verbindlichkeit des Landes dar und hat den gleichen Rang wie alle anderen gegenwärtigen oder künftigen, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten des Landes, jedoch unbeschadet etwaiger aufgrund Gesetzes bevorzugter Verbindlichkeiten.

§ 2

Rückzahlung, Kündigung

- (1) Die Landesschatzanweisung wird am 5. Juni 2037 zum Nennbetrag zurückgezahlt. § 3 Satz 2 gilt entsprechend.
- (2) Die Landesschatzanweisung ist während ihrer Laufzeit weder durch das Land noch durch den Gläubiger kündbar.

§ 3

Zinsen, Berechnungsstelle

Die Landesschatzanweisung wird vom 6. Juni 2017 ("Valutierungstag") (einschließlich) an bis zum 5. Juni 2037 (ausschließlich) mit jährlich 1,375% verzinst. Das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB später als am kalendermäßig bestimmten Fälligkeitstag bewirkt wird. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 5. Juni eines Kalenderjahres fällig, erstmals am 5. Juni 2018 für den Zeitraum vom Valutierungstag (einschließlich) bis zum 5. Juni 2018 (ausschließlich) (erster kurzer Kupon). Die Zinsen werden taggenau berechnet (act/act ICMA).

§ 4

Zahlungen, Zahlstelle

Das Land wird Kapital und Zinsen so rechtzeitig am jeweiligen Fälligkeitstag in frei konvertierbarer und verfügbarer gesetzlicher Währung der Bundesrepublik Deutschland bei der CBF zur Verfügung stellen, dass die Gutschrift der anteiligen Quoten auf den Konten der jeweiligen Depotbanken der Landesschatzanweisung zur Weiterleitung an die Gläubiger fristgerecht erfolgen kann.

§ 5

Verschiedenes

- (1) Die Landesschatzanweisung ist nach § 1807 Absatz 1 Ziffer 2 BGB mündelsicher und nach § 125 Versicherungsaufsichtsgesetz sicherungsvermögensfähig.
- (2) Die Landesschatzanweisung wird an der Börse Berlin zum Handel im regulierten Markt eingeführt.
- (3) Die Landesschatzanweisung ist mit Börseneinführung eine refinanzierungsfähige Sicherheit des Europäischen Systems der Zentralbanken.

§ 6 Bekanntmachungen

Alle diese Landesschatzanweisung betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

§ 7 Aufstockungsrecht

Das Land behält sich vor, ohne die Zustimmung der Gläubiger jederzeit weitere Landesschatzanweisungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit dieser Landesschatzanweisung eine einheitliche Ausgabe bilden und das Emissionsvolumen erhöhen (Aufstockung).

§ 8 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

- (1) Diese Emissionsbedingungen und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus diesem Vertrag ist Berlin.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen treten wirksame Regelungen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen, soweit rechtlich zulässig, entsprechen.